



# Privat? Gesetzlich? Gesund?

**Nachricht, 12. Juni 2010**

Mit der aktuellen Ausgabe des QUEERBLICK lenken wir unseren Blick auf das Thema Gesundheit. Fit und gesund zu sein, gilt vielen Menschen als erstrebenswert. Krankheitsbedingte Fehlzeiten könnten den Job gefährden, aber gesund zu bleiben und zu werden, wird immer teurer.

Wir haben uns die Frage gestellt, was gegenwärtig die Diskussion prägt. Natürlich die Krise, in der allorts davon die Rede ist, dass wir sparen müssen. Die FDP setzt in der Gesundheitspolitik auf eine Kopfpauschale, die Arme be- und Reiche entlastet. Gesundheit hat also viele Aspekte. So widmet sich die Zeitschrift auf der Seite 1 dem Thema, warum Private Krankenversicherungen großzügig Millionenbeiträge an die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BzGA) spenden. Homosexuelle sind überproportional privat versichert. So betrachtet, scheint die Spendenbereitschaft auch erst einmal logisch.

„Einen bitteren Beigeschmack bekommt sie allerdings, wenn man weiß, dass Private Krankenversicherungen nicht bereit sind, Menschen neu aufzunehmen, die HIV-infiziert sind. Unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung sind sie ungeeignete

Kunden“, schreibt der Autor des Beitrages, Dr. Daniel Rühmkorf, Staatssekretär für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Land Brandenburg.

Es stünde die ethische Frage im Raum, ob es richtig ist, die scheinheilige Hilfe der PKV - wenn auch vermittelt - anzunehmen und damit zu arbeiten.

„Für die PKV ist der Deal ein gutes Geschäft, findet sich doch ihr Logo auf der Internet-Seite, den Flyern und Plakaten der „mach´s mit Liebesorte“-Kampagne 2010 „Gib AIDS keine Chance!“. Sie wirbt also für eine Zielgruppe, der sie im Ernstfall gar nicht hilft“, heißt es im Beitrag. Eine private Krankenkasse sei nicht dazu verpflichtet, alle Interessierten auch aufzunehmen. Dagegen gelte in der gesetzlichen Krankenversicherung das Solidaritätsprinzip: Jede und jeder wird aufgenommen.

Auch die AIDS-Hilfe sei ein Beispiel für solidarisches Handeln. Sie brauche aber für ihre Arbeit dringend über die staatlichen Zuwendungen hinaus, die in den vergangenen Jahren nicht aufgestockt wurden, weitere finanzielle Mittel.